

Zur Ruhrbesetzung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **15 (1923)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351868>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sein, wenn das Verlangen geäußert wird, es möge nun einmal auch die Ansichten der Arbeiter in freier Aussprache entgegennehmen.

Die Zentrale Arbeitslosenkommission wird nächstens konkrete Vorschläge machen.



Zur Ruhrbesetzung.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften ist gegeben durch die Kundgebungen der internationalen Gewerkschaftskongresse von London, Rom und vom Haag.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass die Ruhrbesetzung einer Kriegshandlung gleichzusetzen ist. Demgemäss war es Pflicht des Bureaus des I. G. B., zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Mit Schreiben an die Landeszentralen vom 18. Januar 1923 geschah dies. Das Bureau verlangt in erster Linie eine Meinungsäusserung der Landeszentralen über die Möglichkeit der Durchführung eines 24stündigen Proteststreiks in allen Ländern.

Unser Bundeskomitee, in Verbindung mit Vertretern der hauptsächlich in Frage kommenden Verbände, behandelte die Angelegenheit in einer besondern Sitzung. An dieser Sitzung nahmen auf Wunsch die Genossen Grimm und Graber teil, die im Begriffe waren, an eine internationale Konferenz zwischen Vertretern der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und des Bureaus des I. G. B. zu reisen, an der die Frage ebenfalls behandelt werden sollte.

Das Ergebnis der Diskussion war das folgende Schreiben an den I. G. B., das bereits in einem Teil der Tagespresse kommentiert wurde und das wir daher vollinhaltlich zum Abdruck bringen. Wir glauben, dass wir darin der Auffassung des grössten Teils der organisierten Arbeiterschaft Ausdruck gegeben haben. Im übrigen werden den Organisationen bald weitere Weisungen zugehen.

Bern, den 24. Januar 1923.

An das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes,
Amsterdam.

Werte Genossen!

Unser Bundeskomitee hat zu Ihrem Expressbrief vom 18. Januar in seiner heutigen ausserordentlichen Sitzung Stellung genommen, und zwar in Anwesenheit der zwei Delegierten der sozialdemokratischen Partei: Graber und Grimm, die an der von Ihnen auf den 25. und 26. Januar einberufenen Konferenz der Zweiten Internationale und der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien teilnehmen werden. Diese beiden Genossen werden Gelegenheit nehmen, den Standpunkt unseres Bundeskomitees noch mündlich zu erläutern.

Das Bundeskomitee betrachtet die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet mit wachsender Besorgnis. Es besteht Einstimmigkeit darin, dass ein Bruch des Friedensvertrages vorliegt und nach dieser Richtung die Voraussetzungen für die Anwendung der Resolutionen von London, Rom und vom Haag gegeben sind.

Nebstdem wird aber die Ruhraktion schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Nicht nur wird die Notlage der Arbeiterschaft in Deutschland unendlich verschärft, nicht nur muss befürchtet werden, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands aus diesem militärischen Akt resultiert, auch die andern Länder werden in die Katastrophe hineingerissen.

Für die Schweiz, die im Bezug der Kohle wie aller andern industriellen Rohstoffe auf das Ausland angewiesen ist, die zudem seit Jahren schwer unter der Exportkrise zu leiden hat, machen sich die Folgen

schon heute bemerkbar. Bereits sind Anzeichen für das Stocken der Zufuhr und für neue Preissteigerungen vorhanden. Es muss demnach mit einer weitem Verschlechterung der Konjunktur gerechnet werden.

Wenn die Arbeiterschaft der Schweiz sich mit der von Deutschland solidarisiert, so aus dem Gesichtspunkt, dass sie gegen jede fremde Gewaltherrschaft protestiert und weil sie der Ueberzeugung ist, dass das deutsche Proletariat, dem die Opfer der Reparationen allein aufgebürdet werden, der Fronsklaverei ausgeliefert werden soll.

Das Proletariat der Welt wahrt seine eigenen Interessen, wenn es sich in diesem Kampfe mit den deutschen Arbeitern solidarisiert; denn wenn den deutschen Arbeitern der Achtstundentag genommen wird, wenn sie die bereits erkämpften Rechte im Produktionsprozesse, wenn sie ihre politische Selbständigkeit verlieren, trifft dieser Verlust das Gesamtproletariat.

Sie stellen uns nun die Frage, ob wir bereit seien, auf den Ruf des I. G. B. einen 24stündigen Proteststreik auszulösen.

Diese Frage kann weder mit einem glatten Ja, noch mit Nein beantwortet werden. Die Frage der Auslösung eines Streiks ist eine Vertrauensfrage. Könnten wir die Ueberzeugung haben, dass auf ein gegebenes Zeichen die Arbeiterschaft Frankreichs, Belgiens, Italiens, Englands, der Tschechoslowakei, Polens, Hollands, der skandinavischen Länder den Generalstreik auslösen würde, die Schweiz käme gewiss nicht an letzter Stelle. Das Vertrauen in diese Aktionsbereitschaft ist aber nach den bis jetzt erfolgten Kundgebungen der direkt Beteiligten, in denen nirgends vom Generalstreik die Rede ist, nicht vorhanden.

Wenn die Aktion Erfolg haben soll, kommt es weniger darauf an, was die Arbeiterschaft der neutralen Schweiz tut, als darauf, wie die Arbeiterschaft von Frankreich, Italien, Belgien und England auf die Stellungnahme ihrer Regierung reagiert.

Es zeigt sich gerade bei diesem Anlass, dass die technische Vorbereitung zu solchen Aktionen jedenfalls sehr zu wünschen übriglässt.

Wir zweifeln übrigens sehr daran, ob ein 24stündiger allgemeiner Streik, auch wenn er in wünschbarem Umfang überall zur Auslösung käme, auf den Gang der Ereignisse eine genügende Einwirkung auszuüben vermöchte.

Dagegen glauben wir, dass ähnlich wie im Ruhrgebiet auch in den direkt beteiligten Ländern der Widerstand gegen die Gewaltpolitik verstärkt werden sollte, sei es, dass den Massnahmen der Regierungen passiver Widerstand entgegengesetzt wird, sei es, dass es zur Auslösung von Streikbewegungen im Verkehrsgewerbe, im Bergbau und in der Rüstungsindustrie von Frankreich, Belgien, England und Italien kommt.

Wenn dergestalt die Arbeiterschaft der direkt beteiligten Länder aktiv in die Bewegung eintritt, werden die Grundlagen für eine Gesamtktion sich festigen. Das Proletariat der andern Länder wird dann gewiss nicht Gewehr bei Fuss zur Seite stehen, es wird alle Kräfte anstrengen, um seinerseits die Bewegung zu einer internationalen zu gestalten. Unser Bundeskomitee wird zu der ganzen Frage erneut Stellung nehmen nach der Rückkehr der Delegation Graber-Grimm aus Amsterdam.

Mit internationalem Gruss

Per Bundeskomitee
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,
Der Sekretär.

